

Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Fiktal-Expeditionen für die
Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Lueders,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Hah,
S. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 2ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen, im Agr. Sachsen
u. Hrzth. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Fiktal-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreigespaltene Petit-Zelle berechnet.

Nr. 77. Sonntag, 5. Juli. 1874.

Zum Congress.

Die Delegirten, welche dem diesjährigen Congress besuchen, werden gebeten, mindestens 8 Tage vor demselben ihre Anmeldung nach hier gelangen zu lassen, damit es uns möglich ist, die nöthigen Quartiere zu beschaffen.

Das Bureau des Comites befindet sich im Gasthof zum Halben Mond am Steinthor. Da die erste Sitzung des Congresses um 7 Uhr Abends ihren Anfang nimmt, wird es nothwendig sein, daß die Herrn Delegirten mit den von Norden und Süden kommenden Zügen spätestens Mittags 12 Uhr eintreffen, da die Abendzüge erst nach 7 Uhr ankommen.

Das Empfangs-Comité wird, wie schon bekannt, am Plage sein.

Coburg, 1. Juli 1874.

Mit Gruß und Handschlag

Für das Comité:
Carl Rüger, Bezirk 1 Nr. 75.

Die Parteipresse.

Bereits in Nr. 43 d. J. ist die Parteipresse Gegenstand einer gründlichen Erörterung von offenbar sachkundiger Seite gewesen. Wenn wir nochmals auf dasselbe Thema zurückkommen, so geschieht dies, weil jener Artikel, der die Möglichkeit aber auch die Schwierigkeit der Gründung neuer Parteipresseorgane darlegt und mit Recht vor leichtfertigen Unternehmungen warnt, zu Mißverständnissen Anlaß gegeben zu haben scheint. Namentlich beruht der Antrag der Hamburger Mitglieder in Nr. 71 d. J., wonach die Gründung lokaler Parteipresseorgane fortan von einer Genehmigung des jeweiligen Ausschusses abhängig gemacht werden soll, auf einer unferes Erachtens) irrigen Auffassung der Verhältnisse.

Um die Central- und Lokalpresse unserer Partei richtig zu beurtheilen, muß man einen Blick darauf werfen, wie sie entstanden ist. Zuerst hatte jede Fraction ihr einziges Organ. Dann schuf sich der Allg. D. Arb.-Verein neben dem „Socialdemokrat“ noch ein specielles Organ für Unterhaltung und Propaganda, den „Agitator“, der aber wieder einging. Ferner existirten etliche gewerkschaftliche Fachblätter, die zugleich den Parteinteressen dienten. Das erste Lokalblatt entstand nicht in unserer Fraction, sondern im Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein. Es war der einmal wöchentlich erscheinende „Proletarier“, der seinen weit überwiegenden Leserkreis in München, Augsburg und einigen Nachbarorten hatte. Die dortigen Arbeiter trennten sich bald nach dem Eisenacher Congress von dem Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein und vereinigten sich 1870 auf dem Stuttgarter Congress mit uns. Auch der Proletarier huldigte von da an unserer Richtung. Leider lag er den Folgen des Krieges; er hat während desselben gute Dienste geleistet.

Genau bei Beginn des Krieges entstand in Grimmitzsch das erste Parteiblatt, das sechsmal wöchentlich erschien und den Anforderungen eines lokalen Arbeiterblattes gemäß eingerichtet und dirigirt wurde. Auch dieses Blatt, der „Bürger- und Bauernfreund“, ist in dem kritischen Momente, als in Leipzig das ganze Redactions- und Expeditions-Personal des „Volksstaat“ verhaftet wurde, der Partei recht nützlich gewesen. Das Blatt wurde mit einem gezeichneten, aber noch nicht eingezahlten Aktienkapital von nicht viel über 1000 Thln., einem Credit von einigen tausend Thalern und einem Anfang von 630 Abonnenten rüstet. Es wurde eine eigene kleine Druckerei eingerichtet. Durch rege Agitation, den unternehmenden Sinn und die Anspönerung der dortigen Parteigenossen, namentlich auch durch die dort vorhandenen technischen und juristischen, sowie redactionellen Kräfte glückte es, nicht nur Blatt und Druckerei über große Schwierigkeiten hinweg und zu einer gesicherten Existenz zu bringen, sondern auch noch dazu einen „Ableger“ zu gewinnen. Die Chemnitzer nämlich, durch den guten Erfolg ermutigt, gründeten die „Neue freie Presse“ und die Grimmitzschauer gaben für die Chemnitzer Druckerei einen Theil ihres Schriftmaterials her. Das Chemnitzer Blatt wurde lange auf einer Handpresse gedruckt. Auch dieses Unternehmen hat, soviel wir wissen, jetzt eine gesicherte Existenz, trotz der zahllosen Verfolgungen, die es erlitten hat und die nur beiseite haben, welche hohen Werth es für die dortigen Arbeiter hat. Gleichzeitig stellte die Druckerei in Grimmitzschau noch einige socialdemokratische Wochenblätter für auswärtige Orte her, die „Nemesis“ und das „Fallenheimer Sonntagsblatt“, die ebenfalls der Partei wesentlich gedient haben; endlich wurden auch die Monatscirculare des deutschen Arbeiterbundes dort gedruckt.

Nun kam die Reihe an Braunschweig und Dresden. Das erste, was wir über die Leiden und Leistungen des „Braunschweiger Volksfreund“ und der damit verbundenen Druckerei und Verlagsbuchhandlung berichten könnten, ist für diejenigen, die seit drei Jahren den „Volksstaat“ gelesen haben, überflüssig; es genügt schon, einen Blick auf das Braunschweiger Verlagsverzeichnis zu werfen, sowie die Zahl der Strafen und der bei der letzten Wahl im Braunschweig für die Socialdemokratie erlangten drei imposanten Mandate zu kennen, um sich sagen zu müssen, daß an keinem Orte Deutschlands der Kampf zäher und der Erfolg größer war, als in Braunschweig, sowie daß ein großer Theil des Erfolgs nur dem Opfer zuzuschreiben ist, die für unsere dortige Presse gebracht worden sind. Auch der „Volksfreund“ steht fest. Was den Dresdner „Volksbote“ betrifft, so hat dieses Organ der Anregung und Aufklärung des Proletariats in seinem lokalen Bezirke gleichfalls wacker gearbeitet, wovon auch hier schöne Belegminderheiten bezeugen. Wenn in Dresden

mehr Schwierigkeiten eintreten als bei den andern bisher erwähnten Tagblättern, so mag dies, neben anderen Gründen, wohl hauptsächlich daher kommen, daß der „Volksbote“ keine eigene Druckerei hatte. Man wird uns einwenden: „Aber der Druckereibesitzer, der das Blatt herstellt, liefert uns Satz und Druck beinahe zu den Selbstkosten, so daß wir sie uns in einer eigenen Druckerei auch nicht hätten billiger beschaffen können.“ Wir antworten: Warum thut das ein Druckereibesitzer? Aus Eitelkeit? Nein, sondern weil er weiß, daß ein Blatt von selbst zahlreiche Nebenarbeiten ins Geschäft bringt, die viel eintragen. Wenn Ihr das Blatt in einer eigenen Druckerei herstellt, so hattet Ihr diesen Profit. In Grimmitzschau trugen, ohne daß höhere Preise angefragt wurden, als in andern Druckereien, dennoch die Nebenarbeiten manchen Tag und manche Woche so viel ein, daß die ganzen Herstellungskosten der betreffenden Nummern des „Bürger- und Bauernfreund“ davon bestritten werden konnten. Die Herstellungskosten betragen also in solchen Fällen — gar nichts, was jedenfalls billiger war, als bei Hrn. Gärtner in Dresden. Da ist natürlich ein Defizit dann eher zu decken, als wo sich der Druckereibesitzer für das Blatt bezahlen läßt und den Profit der Nebenarbeiten in seine Tasche steckt. Wir nehmen ihm dies persönlich nicht übel, aber wir ziehen den Schluß für die Partei aus der Sache, daß zur Begründung eines Lokalblattes unbedingt eine eigene Druckerei gehört.

C. H.

Politische Uebersicht.

— Das „Völkerrecht“. Zu dem Congress in Brüssel, wo ein „internationales Kriegsrecht“ von den Vertretern der europäischen Militärstaaten festgesetzt werden soll, hat Rußland bereits eine Vorlage eingebracht. In dieser Vorlage werden folgende Vorschläge für Repressalien im Kriege gemacht:

Art. 68. Repressalien sind nur in den äußersten Fällen und unter thunlichster Beachtung der Gebote der Menschlichkeit zulässig, wenn unwiderleglich bewiesen wird, daß die Gesetze und Gebräuche des Krieges durch den Feind verletzt worden sind und er zu völkerrechtswidrigen Mitteln gegriffen hat.

Art. 69. Die Wahl der Mittel und die Ausdehnung der Repressalien muß im Verhältnis stehen zu dem Grade der durch den Feind begangenen Rechtsverletzung. Uebermäßig strenge Repressalien sind den Sargungen des Völkerrechtes entgegen.

Art. 70. Repressalien sind nur zulässig mit Ermächtigung des Obercommandanten, der auch den Grad ihrer Strenge und ihre Dauer festzusetzen haben wird.

Das sind also die Anschauungen, welche in dem großen Kreise als „Völkerrecht“ betrachtet werden und demzufolge von der deutsch-preussischen Macht gehorsamst acceptirt werden müssen, wenn's der „Erbfeind“ befehlt. Man beurtheile hiernach das wahnwitzige Geschrei der Bourgeoispresse, welche die Erschießung der Geiseln zu Paris während des Falles der Commune als eine „Verletzung des Völkerrechtes“ und als „Mordmord“ bezeichnete. Selbst wenn die Commune offiziell die Erschießung der Geiseln bekräftigt hätte, was sie nicht gethan hat, so hätte sie dem oben aufgestellten „Völkerrecht“ nicht zuwidergehandelt, denn es war in der That „unwiderleglich bewiesen“, daß „die Gesetze und Gebräuche des Krieges“ durch die Versailler verletzt worden waren, daß letztere zu „völkerrechtswidrigen Mitteln“ gegriffen hatten. Am dritten April 1871 wurde der gefangene General der Commune, Duval, mit zwei Batailloncommandanten der Nationalgarde, auf persönlichen und mündlichen Befehl des Generals Binoy erschossen. Binoy und Galliot ließen gleich im Anfang des Kampfes gegen die Commune viele Hunderte von gefangenen Nationalgardien erschießen. Am 5. April drohte die Commune mit Repressalien, ohne solche zu nehmen und am 8. April erhielt Thiers zwei Briefe aus Paris, von dem als Geisel inhaftirten Erzbischof Darbois, und dem Pfarrer Deguerry, worin er gebeten ward, doch die Erschießungen der Gefangenen zu verhindern zu lassen. In seiner Antwort vom 14. April leugnete Thiers es frech ab, daß die Versailler gefangene Nationalgardien erschossen hätten, und „die Erschießungen gefangener Nationalgardien dauerten fort“, bemerkte lakonisch ein Blatt aus jenen Tagen.

Die Commune wäre also, hätte sie sich auf das „Völkerrecht“ stützen wollen, nach dem Zeugniß der heutigen kriegerischen Mächte vollständig befugt gewesen, die Repressalien auszuführen, welche sie angebroht hatte. Aber die Vertreter des arbeitenden Volkes im Stadthause zu Paris dachten menschlicher, als der Ordnungspöbel zu Versailles. Und deshalb haben sie auch solch überschwänglich viele Berläumdungen über sich ergehen lassen müssen, als die Reaktion triumphirt hatte. Aber für Thiers war der todte Erzbischof von Paris viel brauchbarer als der lebendige, und dieser Briefsteller hat wohl nicht geahnt, daß er seinen eigentlichen Henker ansetzte, als er an Thiers schrieb, er möge doch das Erschießen gefangener Communards einstellen lassen, weil sonst möglicherweise an ihm (dem Erzbischof) dafür Revanche genommen werden könnte!

— „Zeichen der Zeit“ nennen die Herren Bourgeois so gerne jede Keilerei. Zur Illustration schreibt die „Süddeutsche Volkszeitung“ in Stuttgart:

„Polizeiwillkür ist zwar für die Socialdemokraten nichts Neues. Auch das nicht, daß sie gemagregelt, verleumdet und mit Lumpen, Landstreichern und Tagelöhnen in eine Kategorie gestellt werden, aber was hier von Seiten der Polizei geschieht, ist doch noch nicht dagewesen. Das Mitglied der socialdemokratischen Arbeiterpartei, der Schuhmacher Joh. Fr. Haus, hatte eine Versammlung

einberufen, in welcher Schröder aus Stuttgart über die Principien der Socialdemokratie referirte. Die anwesenden Bourgeois aber störten durch Schreien, Lärmen und Toben die Versammlung, so daß dieselbe geschlossen werden mußte. Die Einberufer und der Referent entgingen nur mit Mühe größlicher Mißhandlung. Haus wurde so von allen Seiten beschimpft und thätlich bedroht, daß er die Stadt verlassen mußte. Derselbe ist ein fleißiger, unbescholtener Arbeiter, wie gern alle seine Bekannten und sein Meister bezeugen. Der Polizei-Amtmann aber schrieb ihm folgendes in's Wanderbuch:

„Joh. Fr. Haus, seit dem 2. April d. J. hier in Arbeit. Vieberach, den 6. Juni 1874. Hat sich während seines ganzen Hierseins mit socialdemokratischen Umtrieben befaßt und hierdurch beim hiesigen Publicum mehrfach große Sensation hervorgernsen.“
Stadtpolizeiamt,
Lindenmaier.“

Diese ächten Schwabenstreiche im Geburtsorte Wielands dürften die Krähwinkel genügend zeigen, deren die Schwäbische Bourgeoisie und die ihr ergebene Polizei gegen socialdemokratische Arbeiter fähig ist und in den „fliegenden Blättern“ geeignete Verwendung finden könnte. Die Vieberacher begreifen wohl nicht, daß Wieland in seinen „Abderiten“ seine braven „Mitbürger“ getreulich abgebildet hat. Haben Sie das Buch schon gelesen, Herr Lindenmaier? Wenn nicht, so ist es Ihnen bestens empfohlen; Sie finden Ihr getreuliches Portrait darin!

— Nach Mittheilungen, die wir aus Dresden erhalten, steht die Sache des „Volksboten“ durchaus nicht ungünstig, und ist gegründete Aussicht vorhanden, daß das Blatt dauernd der Partei erhalten oder richtiger wiedergewonnen werde. Zur Erhaltung des Blattes hat sich ein Zeitungsverein gegründet und sagt derselbe in seiner Abonnements-Einladung: „Die Verhältnisse haben uns leider gezwungen, von dem täglichen Erscheinen Abstand zu nehmen. Wir hoffen, daß die Opferwilligkeit der Arbeiter in Beiträgen zum freiwilligen Pressfonds und Erwerbung der Mitgliedschaft zum Zeitungsverein uns bald in den Stand setzen wird, das Blatt wieder täglich erscheinen zu lassen. — Wir gingen von der Meinung aus, daß ein Arbeiterblatt, besser ein solches ist, welches dreimal wöchentlich erscheint. Aber ein Arbeiterblatt muß in Dresden existiren. Also, Arbeiter! auf den Posten, sorgt durch freiwillige Beiträge und durch zahlreiche Abonnements, daß das Arbeiterblatt „Dresdner Volksbote“ wieder täglich erscheinen kann, unsere Fahne wieder täglich weht. Das Blatt erscheint Mittwoch's, Freitag's und Sonntag's und kostet vierteljährlich 16 Sgr.“

— Vom 1. Juli d. J. an erscheint in Dresden unter dem Titel die „Debatte“ ein Blatt, welches der Bismarck'schen Reptilienpresse das Compliment macht, die Fabel von „der Allianz der Schwärzen und Rothens“ zu glauben; und sich sogar die Aufgabe gestellt hat, diese Fabel zu verwirklichen. Die „Debatte“ will ein Organ „aller Reichsfeinde“ sein: der „Ultramontanen“, „Particularisten“ und „Socialisten“ — ein monströse Donquixoterie, die an der harten Realität der Abonnentenlosigkeit täglich Schiffbruch erleiden wird. Mit Nachdruck protestirt der „Volksbote“ gegen die Zusammenkoppelung der Socialisten mit den reaktionären und Reichsfeinden. „Es liegt uns heute, so schreibt unser Dresdner Parteigänger, unterm 29. Juni, die Probenummer der „Debatte“ vor. Diefelbe hat das Programm aufgestellt, für alle Reichsfeinde zu kämpfen. Clericale, Particularisten und Socialisten. Wegen Raumangel können wir heute nicht eingehend eine solche Zusammengehörigkeit kritisiren, versprechen dies aber in einer nächsten Nummer zu thun, und zwar im Leitartikel. Für heute protestiren wir einfach, daß der Socialismus in irgend welcher Verbindung mit obengenannten Parteien stehe. Clericale und Particularisten sind uns gegenüber in Verbindung mit den liberalen Parteien eine reaktionäre Partei. Der Kampf, welchen diese Parteien untereinander führen, dreht sich einfach darum, welche von ihnen die politische Macht hat, welche von ihnen die arbeitende Bevölkerung beherrscht. Die Arbeiter haben keine Hufe von da zu erwarten. Lassen wir die Particularisten aus Ruder kommen, so wird die Arbeiterpartei ebenso schlimm behandelt, wie von den Liberalen. Gerade so ist es mit den Clericalen. Die Particularisten schwärmen für die heutige wirtschaftliche Organisation, gerade so, wie die Nationalliberalen. Die Clericalen wollen das alte Junkersystem wieder einführen, was unmöglich ist. Hauptsächlich halten die beiden Parteien es für ihre Aufgabe, mit den Arbeitern zu coquetiren, um dieselben für ihre Zwecke (particularistischen und clericalen) zu benutzen. Doch damit kein Mißbrauch der Arbeiter geschieht, darüber werden wir wachen.“

Jüngere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen!

Im Interesse der Partei ersuchen wir Euch, für Eure Vertretung auf dem Congress (18. bis 21. Juli zu Coburg) nach Kräften Sorge zu tragen. Sind die Delegationskosten für eine Mitgliedschaft zu groß, so mögen sich mehrere Mitgliedschaften zur gemeinschaftlichen Entsendung eines Vertreters vereinigen.

Die zu Delegirten erwählten Parteigenossen haben von ihrer Wahl sowohl dem Ausschuß (A. Geib), wie dem Coburger Vertrauensmann Carl Krämer, Coburg, Bezirk VII, Nr. 31, Anzeige zu machen.

Das Congresslokal ist der Kurgarten zu Coburg.

Die Delegierten wollen ihre Reise so einrichten, daß sie am Nachmittage des 18. Juli in Coburg eintreffen. Am 18. Juli, Abends 7 Uhr, beginnt der Congreß.

Das Empfangscomité zu Coburg wird auf dem Bahnhofe im Wartesaal 3. Klasse an rothen Schleifen zu erkennen sein. Congreßanträge, welche nun noch gestellt werden sollten, kommen laut § 7 der Organisation im „Volkstaat“ nicht zum Abdruck.

Seit unserer Publikation in Nr. 75 d. Bl. sind noch folgende Anträge eingekommen:

Die Parteigenossen zu Forst: Der Congreß möge beschließen, eine rege Agitation in der Niederlausitz vornehmen zu lassen.

Die Dresdener Parteigenossen beantragen:

- 1) Die Aenderung des Parteiprogramms ist bis zum nächsten Congreß zu vertagen, dann aber bestimmt vorzunehmen.
- 2) Die Bewilligung des Ausschusses ist zur Begründung von Lokalblättern nicht erforderlich, wohl aber über letztere eine Controle seitens des Ausschusses zulässig. Blätter, welche von der Parteitendenz abweichen, sind durch die Parteiorgane nicht mehr zu empfehlen.

Die Hamburger Mitglieder beantragen ferner, der Congreß wolle beschließen:

- 1) Das Budget der beiden Parteiorgane „Volkstaat“ und „Sozialdemokrat. Wochenblatt“ wird alljährlich auf dem Parteicongreß festgestellt. Ueber die Verwaltung des „Volkstaat“ ist vollständig getrennt vom Schriftenvertrieb Buch zu führen, so zwar, daß eine Vermengung der Ausgaben und Einnahmen des „Volkstaat“ mit denen des Schriftenvertriebs unmöglich ist. Falls die Expedition des „Sozialdemokrat. Wochenblatts“ sich gleichfalls mit Schriftenvertrieb befaßt, gilt für dieselbe diese Bestimmung auch.
- 2) Der Preis aller von der Expedition des „Volkstaat“ vertriebenen Schriften wird vom Ausschusse festgesetzt, ohne dessen ausdrückliche Ertheilung und für jede Schrift besonders eingeholende Genehmigung der Vertrieb nicht gestattet ist. Dem entsprechend ist auch der Preis der bis jetzt angekündigten Schriften einer Revision, bezw. Preisberabsetzung zu unterziehen.
- 3) Behufs Unterstützung der gemäßigten, resp. inpartisanen Parteigenossen gelten folgende Bestimmungen:

- a) Anspruch auf Unterstützung aus Parteimitteln haben überhaupt nicht 1) Personen, die der Parteioorganisation nicht angehören; 2) Personen, selbst wenn sie der Parteioorganisation angehören, sobald dieselben die Strafen im Privatverkehr, Wirthschaftsagitation oder sonstige unachtbarer Weise sich zugezogen haben.
- b) Einmalige Unterstützungen bestimmt der Ausschuss nach freiem Ermessen.
- c) Dauernde Unterstützungen werden nur auf Grund eines vom Ausschusse festzusetzenden Unterstützungsreglements gewährt. Dieses Reglement muß alle Parteigenossen einander gleichstellen. Ein Unterschied darf nur gemacht werden zwischen Ledigen und Verheiratheten (zwischen letzteren nur hinsichtlich der Zahl der Kinder unter 12 Jahren), ferner mit Rücksicht auf den Wohnort.

Theodor Nord in Hamburg beantragt, der Congreß möge beschließen:

Für das Annoncenwesen des „Volkstaat“ gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Aufnahme von Reklame-Annoncen ist nicht gestattet ebenso wenig Rabattgewährung und Gratisaufnahme von Annoncen. Von letzterer Bestimmung sind ausgenommen: die allmonatlich einmalige Anzeige der von der „Volkstaat“-Expedition zu beziehenden Schriften, und solche Annoncen, zu deren Gratisaufnahme der Ausschuss spezielle Genehmigung ertheilt.
- b) Geschäfts-, Vergütungs- und sonstige Privat-Annoncen werden mit 2 1/2 Sgr. pro Zeile berechnet.
- c) Versammlungsannoncen, bezgl. Annoncen der „Volkstaat“-Filiale, sowie alle Parteianzeigen betreffende Annoncen, soweit solche nicht unter b) zu rubrizieren sind, werden mit 1 1/2 Sgr. pro Zeile bezeichnet.

Den Parteiannoncen gleich gerechnet wird der Abdruck aller Abrechnungen, Protokolle und Statuten, die für die Leser des „Volkstaat“ nur ein partielles Interesse haben.

Die Münchener Parteigenossen beantragen, den Parteisekretär auf dem Congreß zu wählen (Aenderung des § 10 der Organisation).

Die Parteigenossen zu Grimnitz beantragen, der Congreß wolle beschließen:

- 1) daß bei Reichstagswahlen ein Candidat unserer Partei nur in einem Bezirke, wo entschiedene Aussicht, ihn durchzubringen, vorhanden ist, aufgestellt werden darf, nicht in mehreren derartigen Bezirken;
- 2) daß das Wahlcomité sich vor der Aufstellung eines Candidaten stets im Voraus dessen bedingungsloser Zusage der Annahme einer eventuell auf ihn fallenden Wahl versichert haben muß.

Die Parteigenossen zu Marburg beantragen:

- 1) Die Redaction des „Volkstaat“ ist zu bestimmen, Fremdwörter soviel als thunlich zu vermeiden oder nur unter Beifügung der Bedeutung derselben in deutscher Sprache zu gebrauchen.
- 2) Der Congreß möge über Mittel berathen, um für die Zukunft die Annoncenschulden im „Volkstaat“ nicht so lange wie bisher restituieren zu lassen.
- 3) Alle von der Genossenschaftsbuchdruckerei für die Partei herauszugebenden Broschüren sind in gleichem Format herzustellen.
- 4) Alle Parteimitglieder haben sich als konfessionslos zu betheiligen und demgemäß aus der Landeskirche auszuscheiden.

Die Magdeburger Mitglieder beantragen: der Congreß möge eine Commission, resp. eine geeignete Persönlichkeit beauftragen, in kürzester Zeit ein Reisehandbuch für Deutschland herzustellen und dasselbe der Buchhandlung des „Volkstaat“ in Verlag zu geben. Inhalt des Buches: Partei- und Gewerkschafts-Verkehrslokale, Adressen billiger (temperamentloser) Herbergen und Gasthäuser, geschichtlicher Ueberblick über die Arbeiterbewegung.

Müssen St. Nicolaus ist in Nr. 72 irrigerweise als restant bezeichnet worden, was wir hiermit berichtigen.

Als Vertrauensmänner beauftragen wir: Müssen St. Nicolaus: Gustav Freitag; Oberhausen: Friedr. Garbe; Waldenburg in S.: J. Hering; Pörrach: Joh. Georg Bühler; Markisch: Joseph Horwaldt; Planen: C. A. Wolf.

Zum Schluß eruchen wir alle Vertrauensmänner dringend, die restanten wie lausenden Parteibeiträge, sowie die Beträge für vorjährige Congreßprotokolle und für

Material, umgehend an dem unten bezeichneten H. Benncke einzusenden. Wegen Fertigstellung der Abrechnung für den Congreß müssen die Beiträge für Juni spätestens bis zum 9. Juli an den Parteikassirer entrichtet werden.

Hamburg, 1. Juli 1874.

Mit Gruß!

Der Ausschuss

J. A.:

H. Benncke, H. Schäferkamp 36.
August Geib, Köddingsmarkt 12.

Gewerkschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Mürnberg, im Juni. Collegen! Da bisher vom Vorort noch nichts Bestimmtes bestimmt worden ist, wo die diesjährige Generalversammlung abgehalten werden soll, so sehen wir uns veranlaßt, in Bezug auf den Ort noch auf Einiges aufmerksam zu machen. Vom Ausschusse wurde Braunschweig als Ort der Generalversammlung vorgeschlagen. Wir können uns mit diesem Vorschlag durchaus nicht einverstanden erklären, da Braunschweig für die meisten Mitgliedschaften zu entlegen ist, insbesondere für Süddeutschland. Es ist Aller Wunsch, daß womöglich alle Mitgliedschaften durch einen Delegierten vertreten sind, bei einer derartigen Entfernung ist es aber den meisten Mitgliedschaften, besonders den kleineren, vollständig unmöglich, einen Delegierten zu senden. Wo sollen die Gelder herkommen? Ist es denn da nicht viel praktischer, einen Ort zu bestimmen, der so ziemlich in der Mitte Deutschlands liegt? Aus diesen Gründen hat die Controlcommission Halle a/S. vorgeschlagen. Es tritt dann ferner noch der Umstand hinzu, daß die Verbandsstatuten-Commission, wenn irgend möglich, zugleich die erste Generalversammlung einzuberufen gedenkt. Hierzu wäre nun, wie leicht begreiflich, Halle der geeignete Ort. Deshalb hatten wir auch den Vorschlag gemacht, die Generalversammlung erst Anfang oder Mitte September abzuhalten, wobei auch der Grund mit maßgebend war, weswegen der Ausschuss dieselbe bereits im August einzuberufen will, nämlich weil da das Geschäft bereits wieder besser geht, mithin die Mitglieder eher den statutenmäßigen dritten Theil der Delegiertenkosten aus freiwilligen Beiträgen aufzubringen im Stande sind. Collegen, überlegt es Euch genau, und die Entscheidung wird nicht schwer fallen. Mit sozialdemokratischem Gruß

Für die Controlcommission: J. Baumann.

Wir haben ferner noch die Mitglieder auf einen Fall aufmerksam zu machen: Vor Pfingsten arbeitete hier bei Firma Ramp und Sohn ein Schneider Friedrich Emil Andreas, bei Ehemüßig gebürtig; derselbe entfernte sich eines Abends auf Nummerwiedersehen, wobei er sich folgende Gegenstände aneignete, resp. mitgehen ließ: ein neues Jaquet, zwei neue Hosen dem Geschäft gehörig, von einem Nebencollegen einen Winterüberzieher, eine große und eine kleine Zuschneidemaschine, vom Ankauser einige Paar Socken und sonstige Kleinigkeiten, von einem andern Collegen entlehnte er sich noch 1 Gulden 16 Kr. Wir ersuchen alle Collegen, auf diesen Vorfälle im Betretungsfalle ein scharfes Auge zu haben und uns umgehend Mitteilung zu machen. Derselbe ist groß, blond, Schnurbart, etwas gebeugte Haltung. Bemerkte muß noch werden, daß derselbe, bevor er in das oben genannte Geschäft eintrat, bei dem Circus (Kunstreiter) Lorenz Walf als Schneider engagirt war.

Im Auftrage der Ramp'schen Werkstelle:

J. Baumann.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Biesbaden, 29. Juni. Wir erwähnten schon in mehreren Nummern des „Volkstaat“ den Streik der hiesigen Collegen. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, kurz zu berichten, welche Forderungen wir stellten. Wir verlangen bei Arbeiten, welche nicht per Stück bezahlt werden, bei zwölfstündiger Arbeitszeit 1 Gulden 18 Kr. und das wollen die Herren Arbeitgeber nicht mal bewilligen. Wir wollen es einem Jeden überlassen zu beurtheilen, ob diese Forderung „unerschämmt“ genannt werden kann, wie sie die Arbeitgeber in den hiesigen Blättern bezeichnet haben. Darum Collegen ist es Eure Pflicht, uns zu unterstützen, damit wir bei diesen billigen Forderungen nicht unterliegen müssen.

Wir bitten nochmals, den Zuspruch strengstens fernzuhalten. Alle Gelder wolle man senden an Ludwig Elz, per Adresse: Herrn Friedrich Petermann, Metzgergasse 37.

Mit Brudergruß

Das Comité.

Correspondenzen.

Frankfurt a. M., 30. Juni. In der gestrigen Parteiverammlung wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Der Delegirte von Frankfurt a. M. wird beauftragt, auf dem Congreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei nach Kräften mitzuwirken bei Allem, was eine Einigung der deutschen Socialdemokratie herbeizuführen vermag.

Hönigsberg i. Pr., 24. Juni. Montag den 15. ds. fanden hier 2 Volkerversammlungen statt, die erste von Herbig, die zweite von Arnoldt 1/2 Stunde später einberufen. Beide versetzten dem beaufschlagenden Beamten. In ersterer hatte Herbig einen Rückblick auf frühere Polizeibehörden geworfen und begann eben Scheiß; als er der unterdrückten Partei Erwähnung that, wurde die Auflösung ausgesprochen.

Die zweite Versammlung fand im Nebenraum desselben Hauses statt. Tagesordnung war „das Versammlungsgesetz“, dessen § 5, Auflösungen betreffend, verlesen ward. Arnoldt brachte eine Resolution in Vorschlag, welche die Auflösung der Volkerversammlung 8 Tage vorher als ungesetzlich darstellte. Er war noch nicht fertig, als die Versammlung aufgelöst wurde.

Die Gesetzeswidrigkeit der auflösenden Polizeibeamten hat sogar der Hartung'schen Zeitung einen tadelnden Artikel entlockt. Die Fortschrittler rührten sich jedoch nicht im Geringsten bisher, was uns indeß nur gelegen sein kann; wir werden dies Verhalten zu gelegener Zeit rügen.

Wegen Uebertretung des Pressegesetzes (§ 9) war Parteigenosse Radtke angeklagt. Weil bei einem Plakat die Tagesordnung nicht angegeben. Der Ankläger beantragte, in Anbetracht, daß die Versammlungen zu sozialdemokratischen also aufreizenden Zwecken stattgefunden, die höchste Strafe (6 Wochen Haft) unter Ausschluß einer Geldstrafe. Der Untersuchungsrichter trat jedoch den Ausführungen des Angeklagten bei und sprach ihn frei.

In einem anderen Falle hat das Oberappellationsgericht die Nichtigkeitsbeschwerde Radtke's zurückgewiesen und ausgeführt, daß das Uebergeben des Manuscriptes an den Drucker und Setzer zum Zwecke der Mittheilung bereits eine Verbreitung ist im Sinne des § 95 des Strafgesetzbuchs. Eine Seite vorher sieht angeführt, daß eine Absicht zum Thatbestande einer Verleumdung nicht notwendig ist auf den Passus in der Nichtigkeitsbeschwerde

hin, daß es ja nicht die Absicht und der Zweck gewesen, der Drucker und Setzer den Text mitzutheilen.

Wie reimt sich das zusammen.

Hohe Gerichte haben ihre eigene Logik, die zwar nicht deutsch wohl aber neudeutsch sein mag.

Briefkasten.

der Redaction. Th. H. Rommes: In dem Bericht aus Koblenz in Nr. 71, S. 1, Sp. 3, finden Sie die gewünschte Adresse. J. B. Hamburg: Tras für die Sonntagnummer zu spät ein.
der Expedition. B. Grunr Spandan: Die Ann. kam zur Aufnahm zu spät. W. Als Magdeburg: Ann. kam zu spät, bitten die Bekannmachung betr. der Einsetzung von Inseraten genau zu beachten. Hier Ab. Juli 22 Gr. Alle hier Ab. Tbr. 1 21. Jgr hier Ab. 3. 25 Gr. Refe Harburg Ab. 2. D. 9 Tbr. Nbg. Herborn Schr. 21 1 6. Sgr hier Ab. Tbr. 21 17 5. Schr. 27 Tbr. 2 21. Dami. Plo. witz Ab. 2. D. Gr. 16 5. Hrn hier Ab. 3. D. Gr. 17 5. Ann. 6 Gr. H. Magwitz Ab. 1 Tbr. Altmun. Maastricht Ab. 3. Tbr. 1 5. Amr. Wiesbaden Ab. Juni Tbr. 4 27. Schr. 1 Tbr. 1 21. Gfey Eisenach Annen. Tbr. 1 6. Wdman Lad. Ab. 3. D. Tbr. 1 21. Verth. Delenig Schr. Tbr. 2 15. Schlinge Oberschlema Schr. 12 5. Anz. Essen Schr. Tbr. 2 1 3. Th. Berlin Tbr. 1 24 5. Klemmer. das. Ann. 1 Tbr. Wdfr. Würzburg Ann. Tbr. 1 7. Schr. Tbr. 4 1. Degr hier Ab. 3. D. Gr. 17 5. Rd. Coblenz Ab. 3. D. 23 5. Mkr hier Ab. 42 Tbr. Rm. Kautschuk 2. D. 1 Tbr. Ist hier 2 2 D. Tbr. 7 15. Stimm hier Ab. 3. D. Gr. 17 5. Jaf. Schw. Schr. 1 Tbr. Gld. hier Ab. 3. D. 3 Tbr. Schr. 18 Gr. C. G. H. b. Fischer. der Holzarb. Gr. Ab. 3. D. Tbr. 1 21. Th. G. das. Ab. Tbr. 1 21. Arbeiter-Bild.-Ver. Stoganzh Ab. 3. D. Tbr. 1 21. Dlle. Coblenz Schr. Tbr. 3 6. D. Chr. Woidan Ab. 2. D. Tbr. 1 21. In Breslau Schr. 4 Tbr. Umgr. Berlin Schr. Tbr. 1 21. A. Trimm das. Schr. 10 Tbr. S. Gera, D. Ugr. Deberan: 3. Offerte haben wir fortgeschickt. M. Adol. Dresden: Auf die Stund der Anhaft nehmen wir gerne Befehlung entgegen. Preis der Ref. 2 5 Gr. hier 5 Gr.

Hand f. pol. Gemäßigten.

S. Gr. hier 5 Gr.

Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antheilscheine bez. Antheilquittungen ertheilt ferner: In Stadt. W. 2 Tbr.

Berlin Verein der Klempner und verwandten Beruflgenossen. Montag, den 6ten Juli, Abends 8 Uhr: **Oeffentliche Generalversammlung im „Café Seifert“, Dredsdorferstr. 85.** L.-D.: Vortrag des Herrn Müle. — Verschiedenes u. s. w. Die Mitglieder werden ersucht, wegen Abrechnung, die Beiträge zu entrichten, und auf unser Beerdungs-Organ zu abonnieren. D. S.

Berlin Socialdemokratische Arbeiterpartei. Montag, den 6. Juli, Abends 8 Uhr: **Oeffentliche Parteiversammlungen:**

- 1) Prinzenstr. 72 bei Carins, (oberer Saal). Die Revolution von 1789 mit seinen Lehren für das Volk. Vortrag des Herrn Alex. Richter.
- 2) Gr. Frankfurterstr. 77 im königlichen Casino. Die sozialen und politischen Ereignisse der letzten Zeit. Vortrag des Herrn Holzwart.

Es werden keine Placate ausgegeben. Die Versammlungen in der Landwehrstraße finden am 6. u. 13. J. ausnahmsweise nicht statt. Parteigenossen ersuchen zahlreich!

Das Agitations-Comité.

Berlin Allgem. Böttcher- (Käper-) Verein. Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr: **Versammlung**, Landbergerstraße Nr. 15, wozu ergebenst einladet. Der Bevollmächtigte. NB. Der Arbeitsnachweis befindet sich Landbergerstraße Nr. 15.

Großenhain Sonntag, den 12. Juli a. c., Nachm. 3 Uhr: **Großes Volksfest** im Schützenhause, verbunden mit Concert und Ball, Festrede, declamatorischen Vorträgen, Gesang und Volksbelustigung.

Parteigenossen von Nah und Fern sind freundlich eingeladen. Das Festcomité.

NB. Sonnabend, d. 11. Juli, Abends 8 Uhr: **Parteiversammlung** im Schützenhause. Der Vertrauensmann.

Gelenau Sonntag, den 12. Juli, von Nachmittags 3 Uhr: **Allgemeines Arbeiterfest** verbunden mit Festrede, Concert und Ball, im Gahde „Zur Ratz“ wozu alle Partei- und Gesinnungsgenossen von Nah und Fern freundlich eingeladen sind.

Entrée: Concert 2 1/2 Ngr. Ball 5 Ngr. Das Fest-Comité.

Leipzig Metallarbeiter-Gewerkschaft für Leipzig und Umgegend. Jeden Montag Abends 8 Uhr: **Versammlung**, Nicolaistraße 18. Fröhlich, Hof 1 Lt. Tagesordnung: Socialer Wochenbericht. Gewerkschaftliches.

Allgem. deutscher Schneiderverein. Dienstag, den 7. Juli, Abends 8 Uhr: **Versammlung** Gewandgäßchen 4, erste Etage. — L.-D.: Socialer Wochenbericht. — Verschiedenes.

Mit dieser Sitzung schließt die Quartalsabrechnung und sind die Mitglieder dringend ersucht, vollständig am Platze zu sein. Der Bevollmächtigte.

Leipzig Freitag, Socialdemokratischer Arbeiterverein. den 10. Juli, Abends 8 Uhr, im „Triand“ des Restaurateurs H. Richter, Köpplag Nr. 9. Ecke der Sternwartstraße: **Geschlossene Mitgliederversammlung.**

Zutritt nur gegen Vorweisung der Mitgliedskarte. Es wird erwartet, daß alle Mitglieder pünktlich erscheinen. NB. Von nun an finden die regelmäßigen Vereinsversammlungen jeden Donnerstag, Abends 8 Uhr im Saale des Eldorado statt.

Der Vorstand.

An Hrn. Ph. Wiemer in Magdeburg! Sind meine beiden Postkarten nicht angekommen? Bitte um schnelle Antwort. R. Ludwig-Leipzig.

Die Union

Organ für die deutschen Holzarbeiter

erscheint in Hamburg seit dem 1. Januar und auch im nächsten Quartale monatlich zwei Mal.

Später laut Beschluß des Magdeburger Gewerkschafts-Congreßes, wöchentlich ein Mal als Organ der deutschen Gewerkschaften. Alle Postanstalten nehmen Abonnements zum Preise von 4 Sgr. pro Quartal entgegen.

Hamburg. Verlag und Redaction der „Union.“

Soeben erschien: **Leipziger Hochverrathsprozess** 12. (Schluß-) Lieferung.

Die „ungehaltenen“ Reden enthaltend, 72 Seiten. Preis 2 1/2 Groschen.

Vorstehernde Preise verstehen sich gegen baar oder Postvorschuß. — Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Expedition des „Volkstaat.“ Leipzig: Verantw. Redaction: H. Freiger. (Redaction u. Expedition: Gebrüder 4.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.